

Thomas Sablowski, Peter Wahl (Hrsg.)
„Europäische Integration in der multiplen Krise –
Zukunftsaussichten der Europäischen Union“
VSA 2024



Sablowski: Einstweilige Abkehr von Austeritätspolitik, neue Elemente der Regulation

Finanzkrise u. Eurokrise: Neue Institutionen zur Vergemeinschaftung von Kreditrisiken, Institutionalisierung der Austeritätspolitik

Profitabilität u. Vertrauen der Kapitalanleger in EU-Staaten als Emittenden von Staatsanleihen und in Produktionsstandorte wiederhergestellt, soziale Spannungen und Erosionstendenzen verschärft

Maßnahmen gegen weiteren Zerfall der EU notwendig

Erstmals große Gemeinschaftsanleihen für ‚Next-GenerationEU‘-Investitionsprogramm

von 750 Mrd. €: 360 Mrd. Kredite und 312 Mrd. Zuschüsse, insbes. für ‚Green Deal‘ und ‚Digitalisierung‘ – aber einmalige Aktion

Sablowski: Einstweilige Abkehr von Austeritätspolitik, neue Elemente der Regulation

Regulation des Lohnverhältnisses:

- 1.** 2017 Reform Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Gilt beschränkt
- 2.** in Corona-Krise: 100 Mrd.€ Kredite für Kurzarbeitsprogramme in 19 Ländern, ca. Hälfte für Italien u. Spanien
- 3.** Richtlinie ‚über angemessene Mindestlöhne in der EU‘

Quelle: Sablowski/Wahl „Europäische Integration in der multiplen Krise“ S. 19

Tab. 2: Entwicklung der durchschnittlichen vollzeitäquivalenten Bruttolöhne in den Mitgliedstaaten der EU (in % des Durchschnitts der EU-27)

	2002	2007	2019	2022
Luxemburg	194,5	207,4	205,1	213,4
Dänemark	178,1	184,6	185,2	185,9
Belgien	150,7	148,5	145,4	148,5
Österreich	135,4	137,5	141,3	143,9
Schweden	136,7	141,8	132,0	131,5
Deutschland	134,6	126,9	133,8	131,0
Finnland	127,8	131,6	132,0	130,9
Frankreich	124,0	126,1	121,1	118,8
Italien	99,2	102,6	91,1	89,0
Spanien	90,3	92,6	85,7	85,7
Portugal	62,1	62,6	56,5	58,0
Tschechien	30,2	39,8	52,7	57,8
Kroatien	47,4	54,0	46,5	50,4
Griechenland	69,9	79,4	48,7	47,2
Polen	33,7	34,4	43,2	45,8
Rumänien	11,8	21,5	38,2	39,8
Ungarn	30,2	39,3	37,3	38,8
Bulgarien	9,4	13,0	26,7	33,5

Quelle: Europäische Union 2023; eigene Berechnungen

Sablowski: Einstweilige Abkehr von Austeritätspolitik, neue Elemente der Regulation

Kein Paradigmenwechsel bei Regulation des Lohnverhältnisses, aber wichtige diskursive Verschiebung

Auch Regulation der Konkurrenz in EU in letzten Jahren verändert:

Die eng gefassten, neoliberal orientierten Regeln für staatliche Beihilfen aufgeweicht.

Hintergrund: Verschärfung der Konkurrenz mit China, Rückstand gegenüber USA und China in bestimmten Technologiefeldern und Produktionsbereichen, die für zukünftige Position in hierarchischer internationaler Arbeitsteilung zentral

Hans-Jürgen Bieling: Die EU in der neuen Globalen Geoökonomie

geoökonomische Erwägungen bei EU-Infrastrukturpolitik: Zahlungssysteme wie SWIFT/ European Payments Initiative, Satelliten- und Navigationssysteme (Galileo statt GPS /J.S.), 5G-Mobilfunk-Ausbau, Etablierung eines europ. Cloudsystems (Gaia-X), Ladestationen für E-Autos, Wasserstoffinfrastruktur

„Global Gateway“: 2021-27 bis 300 Mrd. € für Infrastrukturprojekte in Afrika, Lateinamerika, Asien

Allianzen aus staatlichen Akteuren und transnationalen Konzernen bestimmend: Rendite-Risiken entscheidend

Lockerung wettbewerbsrechtl./ finanzpolit. Regeln vorübergehend

Sablowski: Einstweilige Abkehr von Austeritätspolitik, neue Elemente der Regulation

EU: 43 Mrd. € Subventionen

USA, CHIPS and Science Acts: 280 Mrd. \$

entsprechende Programme in China: 150 Mrd. \$

Chip-Fabrik in Magdeburg: 10 Mrd. € an Intel-Konzern, Chip-Fabrik
in Dresden: 5 Mrd. € an TSMC

77 % aller von der Kommission bewilligten Staatshilfen an Unternehmen in Deutschland und Frankreich.

Hinweise: Subventionen für neue Halbleiterfabriken in Deutschland vor allem für Versorgung der Autohersteller mit Chips

Sablowski: Internationalisierung, Finanzialisierung, Stagnation

EU-Arbeitsstunden je Woche:
2008: 6 Mrd., 2022: 6,2 Mrd.

Produktivität/Stunde plus jährlich:
1996–2007 1,75 %; 2008-22 0,8 %

Investitionen plus pro Jahr:
1996-2007 3,4 %, 2008-2022 0,7 %

EU-Reallöhne plus jährlich:
vor u. nach Finanzkrise 0,6 %

EU-Export 1995: 28,3%, 2007: 40,7 %
2019: 49,4 %, 2022: 56,3 %

Quelle: Sablowski/Wahl: Europäische Integration in der multiplen Krise S. 17

20.08.2024

Der Kapitalismus in der EU seit der Finanzkrise von 2007–2008

17

Tab. 1: Entwicklung der Exportquoten und Intra-EU-Exporte (in %)

	Exporte/BIP				Anteil der Exporte in die EU an den gesamten Exporten		
	1995	2008	2019	2022	2008	2019	2022
Deutschland	22,0	43,8	47,1	50,9	61,6	57,6	51,9
Frankreich	22,6	28,1	31,6	34,7	59,2	56,9	53,6
Italien	24,7	26,9	31,6	36,6	58,8	56,5	53,6
Niederlande	57,2	69,8	82,5	93,8	73,6	66,3	64,0
Polen	22,9	37,8	53,2	62,7	77,1	77,7	72,4
Schweden	37,1	49,1	47,8	53,0	58,1	57,7	51,4
Belgien	60,1	80,9	82,4	95,7	74,0	69,4	61,8
Irland	73,5	84,3	128,0	137,1	63,9	42,3	35,3
Österreich	33,5	53,2	55,8	62,1	75,1	75,6	77,4
Dänemark	36,6	54,2	58,6	70,0	59,7	52,7	43,5
Rumänien	25,6	26,2	40,2	43,3	70,4	77,7	70,7
Tschechien	40,2	63,0	73,9	85,8	84,1	80,4	78,0
Finnland	35,8	44,9	39,9	45,3	52,8	57,1	53,4
Portugal	26,8	31,3	43,5	49,6	74,6	74,9	65,3
Griechenland	14,4	23,4	40,1	49,1	54,8	51,5	47,7
Ungarn	39,2	79,2	81,5	91,2	77,2	80,2	74,6
United Kingdom	25,6	27,0	31,1	–	50,1	42,2	–

Quelle: Europäische Union 2024; eigene Berechnungen

Sablowski: Internationalisierung, Finanzialisierung, Stagnation

- relative Abnahme der Exportverflechtungen innerhalb EU
- Brexit: vorher Abnahme der Exportverflechtungen UK – EU
- Exportquoten China 2008 32,6, 2021 20 %; USA 12,4 auf 10,9%
Dagegen wachsende EU-Weltmarktabhängigkeit

Finanzdominierte Akkumulationsregime: In Dtlid., Frankreich, Ital. Aktiva institutioneller Anleger und Aktienmarktkapitalisierung schneller gewachsen als BIP; größte Anleger/ Vermögensverwalter weiterhin in USA = wichtigste Eigentümer vieler EU Kapitalgesellschaften

Kontinuität: Finanzdominierter, extravertierter Charakter der EU- Akkumulationsregime = Kehrseite stagnierender Investitionstätigkeit und Überakkumulationstendenzen

Wahl: Zwischen Wollen und Können: EU auf Weltmachtstatus?

Beharren auf globale Führungsrolle = Kern der Konflikte um Gestalt(ung) der Weltordnung. Folge: geopolitische Lager; Westen = Wagenburg unter US-Kommando

EU = Hybrid aus Allianz von Nationalstaaten + Elementen supranationaler Staatlichkeit, keine Handlungsfähigkeit und Effizienz eines vergleichbaren Nationalstaates; Nationalstaat ist, wenn es ernst wird, the only game in the town

Abschaffung des Mehrheitsprinzips in Außenpolitik ziemlich aussichtslos
Krisenmanagement in Permanenz, *muddling through* = vorherrschender Politiktypus - Handicap, das Konkurrenz nicht hat.

Wahl: Die Machtressourcen der EU

Militärisch Brüssel eigentlich ein Zwerg; aus Addition ergibt sich keine gemeinsame militärische Schlagkraft; unter wirklich supranationalem Kommando nur geringe Kräfte; beträchtliche Widersprüche.

EU verfügt nicht über Atomwaffen, unabdingbar zum Weltmachtstatus. Frankreich will *Force de Frappe* nicht vergemeinschaften; Berlin u. a. wollen keine atomar begründete französische Führungsrolle

„Nukleare Teilhabe“ von 5 NATO-Mitgliedsstaaten, wonach deren Bomber US-Atomsprengköpfe nach Russland tragen sollen = subalterne Dienstleistung unter exklusiver Kontrolle Washingtons

Jürgen Wagner: Gefolgschaft und Militarisierung

Neue Kapazitäten vom neuen NATO-Streitkräftenmodell gebunden

Deutschland tätigte mit Sondervermögen auch Reihe von US-Anschaffungen, die z. T. in direkter Konkurrenz zu geplanten deutsch-französischen Projekten (F-35, P8-Poseidon, ESS ...).

In wichtigsten deutsch-französischen Projekten (Luftkampfsystem FCAS, Panzersystem MGCS) heftige Auseinandersetzungen um Anteil, Scheitern?

Italien, zeitweise auch Schweden, schloss sich britischem Kampfflugzeugprojekt an; Polen stieg auf US- und südkoreanische Panzer um.

Nationale Militär-Gegensätze unüberwindbar: weder wünschenswert noch realistisch, dass dieser Zustand überwunden wird

Wahl: Die Machtressourcen der EU

Abhängigkeit der EU-Autoindustrie von China: steigender Bedarf an Rohstoffen von dort, wie seltene Erden, Lithium, Kobalt

USA: gegen China entschiedener Protektionismus, EU als Kollateralopfer; Inflation Reduction Act: Billion \$, Zölle und Ausfuhrbeschränkungen

Schlüsselbereiche Digitalisierung, KI, Quantencomputing: EU weit zurück

1900 Europa 25 % der Weltbevölkerung; EU: 5,6 %; EU 1980: 25 % globales Bruttoinlandsprodukt, 2020: 14 %, 2050: 9 %

Ziel: größere Autonomie gegenüber USA, nicht militärisch definiert; Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz mit Russland und China, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Andreas Bohne/Boniface Mabanza: Europe first – Afrika unter „ferner liefern“

„Africa Continental Free Trade Area“: „Diversifizierung und Industrialisierung“; aber EU verbietet neue Exportsteuern; so keine Anreize für Rohstoffverarbeitung der vor Ort

Erzeugung grünen Wasserstoffs: viel Wasser und Energie, Riesenflächen für Wind- und Solaranlagen nötig. Einsatz teurer u. energieintensiver Entsalzungsanlagen geplant. Investitionsbedarf Namibia: 10 Mrd. \$. – bei Schuldenquote von 66% des BIP

Meerwasserentsalzung produziert giftigen Müll. Gelände Schutzgebiet mit seltenen Pflanzen-/ vielen Vogelarten

Investitionen in dezentrale erneuerbare Energien zur Überwindung der Energiearmut besser geeignet

Uwe Witt: EU-Emissionshandel wird Wirkung zeigen

EU- Lastenteilung bei Emissionsverminderung: Gesamtminderungsziel bis 2030 mit unterschiedlichen Quoten aufgeteilt (Dtld. - 50 %, Polen - 17,7 %). **Wie** das zu erreichen, nur z. T. auf EU-Ebene geregelt, vieles liegt in Kompetenz der Staaten

Neue EU-Vorgaben ab 2024: bis 2030 verdoppeln sich Einsparmengen mit Minderungsfaktor von 4,4% pro Jahr. Auktionsmenge an Emissionsberechtigungen wird so 2039 auf null sinken. Überschüsse aus ungenutzten Zertifikaten schneller dem Markt entzogen.

Prognose: so Kohleverstromung in EU bereits vor 2030 unrentabel

Birgit Mahnkopf: Die blockierte Transformation

UN-„Emission Gap Report“ 2023: global bis Ende des Jahrhunderts plus knapp 3°C – bei Einhaltung aller zugesagten Reduktionsziele

Begrenzung auf plus 2°C bedeutete Emissionsreduzierung um fast 30 % in 7 Jahren - damit nicht zu rechnen. Nirgends Energiewende, noch weniger Wende bei Biodiversität-Vernichtung

„Production Gap Report 2023“: fast alle 20 wichtigsten Produzenten fossiler Energieträger – vorweg die 10 reichsten Staaten – planen Maßnahmen, die zu Anstieg der Kohleproduktion bis 2030 und der Öl- und Gasproduktion bis 2050 führen

Fast alle Aktivitäten für „Energiewende“ gehen mit gesteigertem Ressourcenverbrauch = mit beschleunigter Pflanzen-/Tierverschwendung einher

Birgit Mahnkopf: Die blockierte Transformation

EU-Gesetzesvorschläge gegen Pestizide u. Verpackungsmüll gekippt

Fortsetzung der export- und rein flächenorientierten Agrarpolitik

Senkung des Ressourcenverbrauchs stand nicht im Focus

Ausbau erneuerbarer Energie deckt nur wachsende Energienachfrage ab;
Verbrauch fossiler Energie nicht gesunken;

2030 nur 50% der Wind- u. Solarenergie für geplante 60% des Stroms aus
Erneuerbaren vorhanden

Gegenüber 2018 wird Kohleverstromung sich bestenfalls halbieren;

Beim Gas fast alles wie 2018

Mahnkopf: Energiepolitische „Rolle rückwärts“ in Zeiten geopolitischer Konfrontation

Seit Ukrainekrieg Revival für Kohle, Gas, Atomenergie

Kohle bis 2030er Jahre aus Australien, Südafrika, Kolumbien statt Russland

seit 2022 viele Milliarden € in neue Infrastrukturen für fossile Brennstoffe

Ausbau der Verflüssigungs-, Transport-, Rückvergasungsinfrastrukturen für LNG; Betriebszeit von mindestens 20 Jahren für Rentabilität nötig

mit großen Überkapazitäten bei LNG-Infrastruktur zu rechnen

Seit 2022 LNG-Importe aus USA verdoppelt

EU drängt Senegal, Nigeria, Mosambik, wo viel Holz und Kohle verfeuert, neue Gasprojekte für Europa zu starten – auch in Naturschutzgebieten

Mahnkopf: Energiepolitische „Rolle rückwärts“ in Zeiten geopolitischer Konfrontation

US-Handelskrieg gegen China: Auswirkungen auf EU-Energiewende

China: 80 % der Photovoltaik- u. Batterien-Produktion; Lieferketten der Windkraftindustrie u. Infrastruktur-Produkte (v.a. Kupferkabel) in China konzentriert

Viele Metalle, die zur Herstellung von Modulen, Wafern, Zellen, Batterien benötigt, von chinesischen Unternehmen gewonnen/hergestellt

China kann heute, ‚kritische Materialien‘ zu Zwischenprodukten verarbeiten, sie in höherwertige Endprodukte einfließen lassen – darauf hatten sich eigentlich EU- und US-Firmen konzentriert

Mahnkopf: Energiepolitische „Rolle rückwärts“ in Zeiten geopolitischer Konfrontation

EU- und US-Antwort auf neue Lage: Subventionen für Aufbau strategisch wichtiger Lieferketten für baldigen Abbau und Verarbeitung von ‚kritischen Materialien‘ in Inland oder ‚gleichgesinnten Ländern‘

Überall, wo Lithium-Abbau für Batterieproduktion vorgesehen – in Portugal, Serbien, Finnland (oder im Rheingraben – J.S.), sofort massive Proteste, aus gutem Grund

Reichtum der Industrieländer basiert auf scheinbar unendlich vorhandener und billiger fossiler Energie – und auf ungehindertem Zugriff auf alle Rohstoffe = strategisches Ziel der „Energiesicherheit“

Uwe Witt: Wasserstoff fossil?

Bei mehr als Hälfte der förderberechtigten Wasserstoff-Projekte erwähnt, dass Transport von fossilem Wasserstoff angestrebt. Kriterien aus Brüssel lassen dies zu.

Wasserstoffstrategie DtlDs. geht von Importquoten von bis 80 % aus, sozialökologische Leitplanken dafür stehen aus.

Würde verstärkt, wenn Wasserstoffeinsatz nicht allein auf Bereiche beschränkt, wo einzige Alternative. Zur Wärmeversorgung oder in PKWs nichts zu suchen. Dennoch zielen Gebäudeenergiegesetz oder von FDP angestrebte (und mit Von der Leyen vor 2. Wahl vereinbarte) EU-Ausnahmen für synthetische Kraftstoffe darauf ab

Ingar Solty: Der Ukrainekonflikt im Kontext des USA-China-Konflikts

Konflikt USA – China: China in internationaler Arbeitsteilung unten halten.

Militärische Einkreisung Chinas unter Biden konfrontativer geworden. Immer offenere Infragestellung der Ein-China-Politik

Gefahr direkter Konfrontation NATO-Russland. Ukraine fehlen Soldaten, die vom Westen gelieferte Waffen bedienen könnten. Westen: Dilemma, Kriegsziele kaum ohne eigene Truppen verwirklichen zu können. Dennoch Weltkriegsgefahr nirgendwo größer als im Westpazifik u. Südchinesischen Meer.

Aufrechterhaltung der US-Hegemonie braucht Konflikt, chinesischer Aufstieg hingegen Multilateralismus u. friedliche Rahmenbedingungen. Was braucht eigentlich Europa?

Ingar Solty: Der Ukrainekonflikt im Kontext des USA-China-Konflikts

Ukrainekrieg Katalysator eines neuen Transatlantizismus. Bringt 4fache Abhängigkeit von USA: 1. energie-, 2. wirtschafts-, 3. geopolitisch, 4. militär-industrie-technologisch

Neue LNG-Terminals zu vier Fünfteln mit US-Flüssiggas aus Fracking-Produktion. Klima-, umweltschädlich (mehr als Kohle/J.S.), viel teurer. Sorgen vor Deindustrialisierung berechtigt; Energiekosten in Dtl. 3mal so hoch wie in USA und 7mal so hoch wie in China.

Verschränkt mit zunehmender Abhängigkeit vom US-Binnenmarkt. Macht-hebel umso wirkungsvoller, wie es US-Staat gelingt, neue Blockkonfrontation gegen China herbeizuführen

Ingar Solty: Der Ukrainekonflikt im Kontext des USA-China-Konflikts

Rüstungskonzerne Motoren der Hochtechnologie. 4. Industrielle Revolution (Digitalisierung) Resultat staatlicher Forschung und Entwicklung. Import von US-Flugzeugen, -Hubschraubern rüstungskeynesianisches Konjunkturprogramm für USA, vergrößert technologischen Rückstand der EU.

High-Tech-Bipolarität USA-China mit Rest als Anhängseln droht.

EU sollte Interesse an sofortigem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen haben. Warum? Weil ...

Ingar Solty: Der Ukraine Konflikt im Kontext des USA-China-Konflikts

1. direkte militärische Auseinandersetzung NATO-Russland wäre IN Europa
2. Inflation in EU hauptsächlich durch Ukrainekrieg bedingt
3. Ende des für Kiew aussichtslosen Abnutzungskrieges auch im Interesse Afrikas und europäischer Afrikapolitik
4. Ende multilateraler Freihandelsordnung durch Ukrainekrieg verhindern

Strategische Autonomie' ist nicht fortschrittlich, lässt sich auch nicht umcodieren. Aber wirkliche europäische Unabhängigkeit, die sich einer neuen Blockkonfrontation widersetzt, wäre wünschenswert.

Eine europäische „Unabhängigkeitserklärung“ kann nur eine gegenmächtige von unten und aus der Gesellschaft sein